

Stolper Post

**Tageszeitung
für Stadt und Land**



**Amtliches
Anzeigen-Blatt**

Die „Stolper Post“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt für den Monat 75 Pfennig; durch die Post bezogen 80 Pfennig ausschließlich Postgeb. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 7-gespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Pfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 25% Nachlag; die 3-gespaltene Reklamezeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr des Erscheinungstages.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nummer 296

Stolp, Montag, den 19. Dezember 1927

51. Jahrgang

Vorstoß gegen den Wehretat.

Der Panzerkreuzer abgelehnt.

Im Gegensatz zum Reichstag hat der Reichsrat, die Vertretung der Länder, den Wehretat für 1928 noch vor den Weihnachtsferien verabschiedet. Dabei kam es noch zu einer unerwarteten Sensation insofern, als eine knappe Mehrheit des Reichsrats unter Führung Preußens erhebliche Abstriche am Reichswehretat vornahm. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Streichung der Mittel für den Bau eines neuen Panzerkreuzers, für den im nächstjährigen Etat die erste Bauteile ausgeworfen wird.

Ganz überraschend beantragte Staatssekretär Weichmann im Namen der Preussischen Staatsregierung mit Rücksicht auf die gespannte und undurchsichtige Lage des Reiches im Etat des Reichsfinanzministeriums die Neubauten für Finanzämter im Betrage von 1.587.500 Mark, im Haushalt des Reichswehrministeriums den Satz für den Neubau eines Panzerschiffes von 9.300.000 Mark und weiter im Reichswehrministerium einige Etatsätze von zusammen 6.221.500 Mark zu streichen.

Ueber die preussischen Anträge wurde namentlich abgestimmt. Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Köhler der Streichung der Ansätze für Neubauten im Haushalt des Finanzministeriums im Namen der Reichsregierung widersprochen hatte, wurde zunächst der erste Antrag Preußens (Streichung von 1.387.500 Mark im Etat des Finanzministeriums) mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten das Preussische Staatsministerium und die Vertreter sämtlicher preussischer Provinzen, ferner die Staaten Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Dagegen stimmten die Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz.

Vorher über den zweiten Antrag — Streichung der Mittel für den Panzerkreuzer — abgestimmt wurde, erklärte Reichswehrminister Dr. Gessler,

daß die Reichsregierung nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß das von den Alliierten für Deutschland festgesetzte beschränkte Maß der Seerüstungen beschränkt werde. Schon dieses beschränkte Maß würde nicht völlig ausgefüllt, da wir von den uns bewilligten 6 Kreuzern nur 5, von den 6 Linien Schiffen nur 4 bauen können. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie für die Sicherstellung des Seeweges nach Ostpreußen angelegentlich der besonderen Lage Sorge zu tragen habe. Das sei mit unseren leichten Streitkräften nicht möglich. Schon um eine Krise auf unseren West- und Ostküsten zu verhindern, sei die erste Rate für das Panzerschiff unbedingt erforderlich. Man müsse der Verfertiger in Kiel die nötige Beschäftigung zuführen, da sonst mit ihrer Schließung im Herbst bestimmt zu rechnen sei.

Trotz dieser Erklärung wurden sodann in namentlicher Abstimmung die Ansätze für den Panzerkreuzer mit 36 gegen 32 Stimmen gestrichen und der preussische Antrag angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde auch der letzte preussische Antrag angenommen, wonach im Reichswehretat die Ausgaben für militärische Zwecke um 6.291.300 Mark zu kürzen sind.

Dafür stimmten das preussische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin, Grenzmark Posen-Westpreußen, Oberschlesien, der Provinz Sachsen, der Provinz Hannover, der Provinz Westfalen, der Provinz Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, ferner die Staaten Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Lübeck, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Dagegen stimmten: Die Vertreter der Provinz Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Schleswig-Holstein und die Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Bremen, Mecklenburg-Strelitz.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte, die Reichsregierung werde nunmehr dem Reichstag

eine Doppelvorlage

zugesenden lassen. — Vor der Verabschiedung des Etats wurden zunächst das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Weihnachtsbeihilfe für Sozial- und Kleinrentner, die Novelle zum Reichsverordnungsgesetz und das Kraftfahrzeugsteuer-Gesetz befristet. Genehmigt wurde auch eine Verordnung des Arbeitsministers, wonach auch im Jahre 1928 100.000 ausländische Landarbeiter, im Notfalle noch 10.000 mehr, zugelassen werden.

Die Lohnsteuerentlastung angenommen.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 17. Dezember.

Die erste Beratung des Kriegsschadenschlußgesetzes wurde durch Ueberweisung der Vorlage an den 22. Ausschuss für Entschädigung erledigt. Präsident Lobe bemerkte hierzu, der Ausschuss werde die Arbeit noch vor Zusammentritt des Plenums aufnehmen. Alle Parteien seien sich darin einig, daß die Vorlage noch von diesem Reichstag erledigt werden müsse.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Senkung der Lohnsteuer.

Nach dem Ausschlußbeschluss soll der Lohnsteuerbetrag um 15 Prozent gekürzt werden, jedoch um nicht mehr als 2 Mark monatlich. Außerdem soll der abzugsfähige Betrag für Sonderleistungen, Versicherungen, Steuerbegeld usw. für den Steuerpflichtigen von 480 auf 600 Mark und für die Ehefrau und jedes Kind von 100 auf 250 Mark erhöht werden. Eine weitere Senkung der Steuer soll eintreten, wenn das jährliche Aufkommen aus der Lohnsteuer 1300 Millionen übersteigt.

Von der Deutschen Volkspartei ist ein Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage eingegangen, wonach der Lohnsteuerfuß von 10 auf 9 Prozent ermäßigt werden soll.

Abg. Keil (Soz.) nannte die Ausschlußvorlage ein Verleugungsprodukt. Die Regierungsvorlage sei ganz verschwunden. Aus taktischen, nicht aus sachlichen Erwägungen sei die Ausschlußvorlage zustande gekommen, mit der man den falschen Eindruck machen wolle, als wäre damit die Ley Brüning erfüllt. Wir halten an unserem Antrag auf Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums fest. Er ist die einzig mögliche Erfüllung der Ley Brüning.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) gab zu, daß die Formulierung der Ausschlußvorlage nicht dem Wortlaut der Ley Brüning entspricht; aber der Zweck dieses Gesetzes werde durch den Ausschlußantrag genau so erreicht wie durch die Heraushebung des steuerfreien Existenzminimums.

Abg. Reinath (D. Rp.) begründete den Antrag seiner Partei auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) beantragte neben einer wirklichen Durchführung der Ley Brüning eine Lockerung und Senkung des Einkommensteuertarifs.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erklärte, es sei unwahr, daß er den Ländern versprochen habe, die Ley Brüning würde nicht durchgeführt werden.

Es ist richtig, erklärte der Minister, daß sich in den Ländern gefast habe, sie würden auch in diesem Steuerjahre erhöhte Steuerüberweisungen erhalten. Das bezog sich aber auf das Gesamtaufkommen aus den Steuern. Von einer unsozialen Gestaltung kann bei dem Ausschlußantrag keine Rede sein. Der demokratische Antrag würde einen Steuerausfall von einer halben Milliarde bewirken.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dr. Obersöhrren (Deutschn.), Knoenen (Komm.), Drevitz (Wirtsch. Bgg.), Dr. Horlacher (Bayer. Rp.), Dr. Feder (Nat. Soz.), Dr. Strathmann (Deutschn.) und Keil (Soz.) schloß die Aussprache.

Abgelehnt wurde der kommunistische, der sozialdemokratische und der volksparteiliche Antrag, letzterer mit 298 gegen 51 Stimmen bei vier Enthaltungen. Für den Antrag stimmten auch die Demokraten.

Der volksparteiliche Antrag auf Einführung der Veranlagung nach dem dreijährigen Durchschnitt wurde gleichfalls abgelehnt mit 218 gegen 133 Stimmen bei drei Enthaltungen.

Nach Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge wurde in der Schlußabstimmung die Ausschlußvorlage mit 193 gegen 161 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Wirtschaftspartei. Annahme fand auch die Ausschlußentscheidung, die die Regierung ersucht, einen Ausschuss zur Prüfung der Frage des dreijährigen Durchschnitts bei der Veranlagung einzusetzen.

Das Haus geht dann zu dem Bericht des Ruhr-Untersuchungsausschusses über. Mit der Beratung verbunden werden die neuen sozialdemokratischen und demokratischen Anträge, wonach der Reichstag seine Mißbilligung über die im Ausschuss festgestellten Tatsachen ausdrückt.

Auf Vorschlag des Präsidenten einigt sich das Haus dahin, die Weiterberatung dieses Gegenstandes bis nach den Ferien zu vertagen. Der Haushaltsausschuss wird ermächtigt, mit der Vorberatung des Etats während der Ferien schon zu beginnen. — Das Haus vertagt sich auf den 19. Januar.

Scharfer Vorstoß im Preussenparlament.

Knistern im Gebälk der Weimarer Koalition?

Berlin, 17. Dezember.

Nach Ueberweisung eines deutschnationalen Antrages über die Umleugungstätigkeit der Kulturbehörden im Rheinland, Hessen-Nassau und Westfalen an den Hauptausschuss wird die Haushaltsaussprache fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Köppler-Mohoff wandte sich gegen die Angriffe, die der volksparteiliche Abgeordnete von Richter am Donnerstag gegen ihn gerichtet hatte. Es sei nicht richtig, daß er alle Erhöhungen verhindere und den Herabsetzungen keinen Widerstand entgegenzusetzen habe. Gegen die Herabsetzung des Anfangsgehaltens der höheren Beamten habe er sich allerdings nicht widersetzt, da er sich habe überzeugen müssen, daß der Anschlag in der Vorlage zu hoch war. Aber auch nach der Änderung würden sich die Bezüge der jüngeren oberen Beamten im Verhältnis zu anderen Gruppen gut stehen. Der Redner wies ferner die Behauptung des Abg. von Richter zurück, daß die Ausgaben von Jahr zu Jahr ansteigen seien. Das Gegenteil sei richtig. (??) Der Herabsetzung des Lohnsteuergesetzes auf

Grund der Ley Brüning habe Preußen allerdings übereinstimmend mit den anderen Ländern im Interesse der Länder Widerstand entgegengesetzt. Der Minister betonte, daß die preussische Finanzpolitik richtig war.

Abg. Weißermel (Deutschn.) erklärte unter Zurückweisung der Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann, daß die Republikaner ihrer Sache keinen guten Dienst leisteten, wenn sie gegen Schwarzweißer zu Felde zögen. Der Finanzminister müsse offen den Fehlbetrag des Haushalts zugeben. Der Wille zur Sparsamkeit müsse wirksam zum Ausdruck kommen. Der Redner forderte vermehrte Sparsamkeit und erklärte, man brauche weniger, aber gut bezahlte Beamte. Viele Gemeindefürer müßten zur Sparsamkeit angehalten werden. In gemeinsamer Arbeit mit der Regierung müsse das Defizit des Etats beseitigt werden. Abg. Dr. Heß (Ztr.): An das Wort des Einheitsstaates dürfe man nur recht vorsichtig herangehen. Die Demokratische Partei, die den Gedanken des Einheitsstaates als Wahlparole erhoben habe, werde hoffentlich besseren Erfolg damit haben, als bei ihren früheren Wahlparolen (Heiterkeit). Es handele sich um eine innerdeutsche Sache, in der Ausländer nicht mitzureden hätten. Das Zentrum begrüße die im Januar stattfindende Ministerpräsidentenkonferenz, bitte jedoch den preussischen Ministerpräsidenten, den Landtag über die Arbeiten dieser Konferenz in sehr prägnanter Form auf dem Laufenden zu halten. Es sei abzuwarten, ob die Demokratische Partei auch praktisch das Wort „Deutschland muß leben, wenn Preußen auch stirbt“, bestätigen werde, auch wenn die zwei Duzend demokratischer Sendboten darüber über die Klänge springen. (Lebhafte Heiterkeit auf der Rechten.) Der Redner erklärte, er müsse dem Ministerpräsidenten sagen, daß das Zentrum nicht daran denke, sich einfach in das Schlepptau großliberaler Anschauungen nehmen zu lassen.

Von der Deutschen Volkspartei lasse sich das Zentrum nicht die Marschroute vorschreiben. Auch eine schwache Regierung ließe sich nicht stützen, wenn das ganze Kontingent sich behauptet. Diese Lehre werde das Zentrum in Preußen weiter beachten, gleichgültig wie die Regierung später aussehe. Der Redner wandte sich auch gegen die Darlegung des Präsidenten des Städtetages, Mulert in Magdeburg, die dieser über den Einheitsstaat und den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gemacht habe. Ueber die anzuerkennende Notlage der Beamten dürfe die ebenso große Not des Mittelstandes, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft nicht vergessen werden.

Ministerpräsident Braun

ergriff in Erwiderung des Zentrumsabgeordneten Heß über die Frage des Einheitsstaates das Wort. Der Ministerpräsident erklärte, er stimme mit dem Abgeordneten Heß überein, daß die Frage des Einheitsstaates gar nicht akut sei.

Abg. Leidig (D. Rp.) erklärt, der Finanzminister habe die Kritik des volksparteilichen Abgeordneten Richter falsch aufgefaßt.

Die preussische Finanzlage weise eine zugespitzte Situation auf. Der Finanzminister hätte sagen müssen, wie er sich die Deckung des Fehlbetrages denke. Der mit 4 Millionen Mark veranschlagte Berliner Opernhaus-Umbau koste heute schon 13 Millionen Mark. Das Finanzministerium sei für den Umbau verantwortlich. Die Ausführungen des Abg. Heß hätten stark politische Bedeutung, wenn er namens seiner Fraktion gesprochen habe. Erfolgreich sei die Auffassung des Ministerpräsidenten, daß ohne die Deutsche Volkspartei Bernünftiges überhaupt nicht geschaffen werden könne. (Große Heiterkeit.)

Damit ist die erste Lesung des Etats beendet. Der Präsident verteilte entlastete die Abgeordneten mit den besten Wünschen für das Weihnachtsfest. Die nächste Sitzung des Landtages soll am 17. Januar stattfinden.

Der Kampf in der Eisenindustrie.

Das Unannehmbar der Arbeitgeber.

Düsseldorf, 17. Dezember. Die Arbeitgeber haben die beiden Schiedsprüche über Lohn- und Arbeitszeit für die Schwerindustrie abgelehnt.

In der umfangreichen Begründung der Ablehnung des Schiedspruches durch die Arbeitgeber wird unter anderem darauf hingewiesen, daß in dem Teil des Schiedspruches, der die Arbeitszeit regelt, die Röhrengießereien und Hochdruckgießereien nicht berücksichtigt seien. Es sei unmöglich, in diesen Betrieben in der Dreimal-acht-Stunden-Schicht zu arbeiten, da ein erheblicher Produktionsausfall zu befürchten sei. Sinngemäß müsse für diese Betriebe die gleiche Regelung eingeführt werden, wie für die Hammer- und Preßwerke und die entsprechenden Walzwerke. Von Arbeitgeberseite sei bei Verlesung des Schiedspruches auf diese sehr wichtigen Punkte ausdrücklich hingewiesen worden.

Im Sinne verständlichen Entgegenkommens sei das Zugeständnis zu werten, daß die Arbeitgeber bezüglich des Schichtanfangs am Sonntagabend gemacht haben. Nach dem Wortlaut des Gesetzes bzw. der Verordnung hätten die Arbeitgeber das Recht, den sonntäglichen Arbeitsanfang um 6 Uhr abends auf der ganzen Linie zu verlangen. Weiterhin geht

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 228-231 (am 16. 12.: 227-230). Roggen Märk. 230-233 (228-231). Sommergerste 220-266 (220-266). Inländische Suttergerste — (—) Wintergerste — (—), Hafer Märk. 199-209 (198-208). Mais (ohne Berlin) 214-216 (213-215). Weizenmehl 30,50-33,75 (30,50-33,75). Roggenmehl 31,15-33,50 (31,00-33,50). Weizenkleie 15,00 (15,00). Roggenkleie 15,00 (15,00). Raps 345-350 (345-350). Leinfaat — (—). Diktoriaerbsen 51-57 (51-57). Kleine Speiseerbsen 32-35 (32-35). Suttererbsen 21-22 (21-22). Peluschnen 20,00-21,00 (20,00-21,00). Ackerbohnen 20-21 (20-21). Wicken 21,00-24,00 (21,00-24,00). Lupinen blaue 14,00-14,75 (14,00-14,75), gelbe 15,00-16,10 (15,70-16,10). Seradella — (—). Rapskuchen 19,70-19,80 (19,70-19,80). Leinkuchen 22,40-22,60 (22,40 bis 22,60). Trochenschmelz 12,10-12,30 (12,00-12,20). Sojafschrot 21,20-21,80 (21,20-21,80). Kartoffelflocken 24,00-24,10 (24,00-24,10).

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufverband Norddeutscher Molkereien, Berlin S. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 17. Dezember. 1. Sorte 1,77, 2. Sorte 1,63, abfallende 1,49 M. Tendenz: sehr ruhig.

Berliner Frühmarkt vom 17. Dezember. Weizen: 265, Mai 277. Tendenz: stetig. Roggen: Dez. 265, März 265,25, Mai 267,25. Tendenz: fest.

Stettiner Produktennotierung vom 17. Dezember. Für 1000 Kilogramm: Roggen, incl. 233, Weizen, incl. 240, Hafer 200-207, Sommergerste 210-225, Braugerste 250-275. Für 50 Kilo: Viktoriaerbsen 26-29, Kichererbsen 17-20, Rapskuchen, hief. 10,10, Roggenkleie 7,60, Weizenkleie 8,60.

Berliner Schlachtviehmarkt

(Ohne Gewähr.)

Berlin, den 17. Dezember 1927.

Auftrieb: 2339 Rinder, darunter 668 Ochsen, 458 Bullen, 1213 Kühe und Färsen; 2650 Kälber; 4646 Schafe; — Ziegen; 16571 Schweine, 1710 zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt, 873 Auslandszweine.

	Bezahlte für 50 kg Lebendgewicht
Ochsen	
Bollfleisch, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	
a) jüngere	61-63
b) ältere	—
Sonstige vollfleischige	
a) jüngere	55-58
b) ältere	—
Fleischige	48-52
Gering genährte	40-45
Bullen	
Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	57-58
Sonstige vollfleischige oder ausgemästete	54-56
Fleischige	51-53
Gering genährte	48-50
Kühe	
Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	46-49
Sonstige vollfleischige oder ausgemästete	34-42
Fleischige	26-30
Gering genährte	20-23
Färsen	
Bollfleisch, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	57-59
Bollfleischige	50-54
Fleischige	42-47
Fresser	
Mäßig genährtes Jungvieh	40-50
Kälber	
Doppellender bester Mast	—
Beste Mast- und Saugtälber	80-91
Mittlere Mast- und Saugtälber	65-75
Geringe Kälber	48-60
Schafe	
Mastlämmer und jüngere Masthammel	—
a) Weidemaft	—
b) Stallmaft	58-63
Mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	45-55
Fleischiges Schafvieh	40-44
Gering genährtes Schafvieh	30-35
Schweine	
Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	—
Bollfleischige Schweine von ca. 240-300 Pfd.	59-60
Bollfleischige Schweine von ca. 200-240 Pfd.	57-59
Bollfleischige Schweine von ca. 160-200 Pfd.	55-57
Fleischige Schweine von ca. 120-160 Pfd.	50-54
Fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgew.	—
Sauen	50-51

Marktverlauf: Rinder ruhig, Schluf Ueberstand; Kälber glatt; Schafe in guter Ware glatt, sonst ruhig; Schweine ruhig.

voranz zurückzuführen, daß der Verunglückte in dem kleinen Raum, der ihm als Schlafstätte diente, mit offenem Licht hantierte, oder eine Stalllaterne, die auf dem Bette vorgefunden wurde, heruntergerissen hat. Die benachrichtigte Staatsanwaltschaft gab die Leiche zur Beerdigung frei, da zweifellos ein Unglücksfall vorliegt. Das Feuer konnte bald abgelöscht werden und ist der entstandene Sachschaden nur gering.

Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Sonnabend in das Lichtspieltheater in der Mittelstraße verübt. Es wurden Schokolade und Rauchwaren im Werte von 300 Mark gestohlen.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 14. Dezember. Die auf den Stichtag des 14. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche von 139,9 auf 139,3 oder um 0,4 vom Hundert zurückgegangen, von den Hauptgruppen ist die Indexziffer der Apparate um 1,0 vom Hundert auf 135,2 (136,6 in der Vorwoche) gesunken. Die Indexziffer für Konsumgüter stellte sich auf 129,8 (129,7). Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate ging um 0,4 vom Hundert auf 133,4 (134,0) zurück, diejenige der industriellen Fertigwaren hat um 0,2 vom Hundert auf 155,6 (155,3) zugenommen.

Luftpost zur Weihnachts- und Neujahrszeit. Wegen Einstellung des Flugdienstes am 24. und 26. Dezember ruht außerordentlich auch der Luftpostverkehr an diesen Tagen. Es verkehren daher keine Luftposten vom 24. bis 26. Dezember. Am 31. Dezember wird der Luftpostverkehr wie an den übrigen Werten durchgeföhrt.

Das Reichsjugendabzeichen wurde verliehen an Erich Gehrk (Sportverein Germania).

Kanarienvogelzucht. Die vom Kanarienzüchter- und Vogelzuchtverein Sonnabend und Sonntag veranstaltete Kanarienvogelzucht verbunden mit Vogelschutz-Geräte- und Aquarium-Schau hatte sich eines großen Besuches zu erfreuen. Sie war außerordentlich reichhaltig, namentlich in Kanarienvögeln aus ganz Ostpreußen bestückt. Weiter hatte Gartenerzieher Walter Jessin für den nötigen Blumen- und Pflanzenzucht-Schutz Sorge getragen und die Firma Ladißch Vogelschutzgeräte in reicher Auswahl ausgestellt. Dem Verein stand eine große Anzahl wertvoller Ehrenpreise, Medaillen usw. zur Verfügung. Es erhielten: Ehrenpreise: Gube-Witow, Lippe-Kolberg und Weiber-Kolberg; die goldene Medaille: Alsdorf-Witow; die silberne Medaille: Thiede-Witow, Kante-Witow, Heming-Lauenburg, Weiber-Kolberg, Porus-Stolz, Meißner-Nöcklin, Kleine-Stolz, Müller-Stolz, Lawrenz-Stolz und Schaffke-Stolz. Mit 1. Preisen wurden ausgezeichnet: Weiber-Kolberg, Porus-Stolz, Meißner-Nöcklin, Kleine-Stolz, Haase-Stolz, Lawrenz-Stolz, Alsdorf-Witow, Thiede-Witow, Konarske-Witow, Gube-Witow, Lippe-Kolberg und Heming-Lauenburg. Weiter wurden eine große Zahl zweiter und dritter Preise verteilt.

In der evangelischen Grenzland-Volkshochschule Brenden-hoffheim in Wehle sind für den am 3. Januar u. J. beginnenden Lehrgang noch einige Stellen frei. Es kann sich zur Aufnahme jeder strebsame junge Mann, ganz gleich welchem Standes und Berufes, im Alter von mindestens 18 Jahren, dem es um seine persönliche Weiterbildung ernstlich zu tun ist, melden. Einzureichen ist bei der Anmeldung ein selbstgeschriebener Lebenslauf und Schulabgangszugnis, bei Eintritt des Lehrganges eine polizeiliche Abmeldung. Mitzubringen sind Bettzeug, Bettwäsche, Handtücher, Stiefelputzzeug, Nähzeug. Eine Bettstelle mit Matratze, sowie einen Schrank findet jeder vor. Im Notfall können alleinstehende junge Leute auch Bettzeug und Bettwäsche im Heim erhalten. Das Mitbringen von Hädem und Musikinstrumenten ist erwünscht. Die Kosten betragen 40 M. monatlich, welche im Voraus zu bezahlen sind. Im Falle der Bedürftigkeit werden Ermäßigungen und Freistellen gewährt, sobald gelbliche Schwierigkeiten niemanden an der Meldung zu hindern brauchen. Anmeldungen für den Lehrgang, welcher 3 Monate dauert, müssen sofort an den Leiter Professor Hoffmann unter der Aufschrift: Professor Hoffmann, Brendenhoffheim in Wehle bei Schönlaute, Grenzmark, eingereicht werden.

Aus dem Theaterleben. Heute, Montag, 8 Uhr, „Familie Hemmema“, Schwank in drei Akten von Neumann und Schwab. — Dienstag, den 20. Dezember, 8 Uhr, zum unwiderstehlichen Male „Hafemanns Töchter“, Volksstück in vier Akten von Arronage. — zu vollständigen Preisen von 20 Pf. bis 1,00 Mark. — Donnerstag, den 22. und Freitag, den 23. Dezember, bleibt das Theater geschlossen. — Sonntag, den 25. Dezember (1. Weihnachtstfesttag) vorm. 3,30 Uhr, Morgenfeier. „Das Christgeburtspiel“. Eintrittspreis 50 Pf. — Nachm. 3,30 Uhr, zum letzten Male „König Drosselbart“, Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in vier Bildern von Hanns Türle. Preise von 20 Pf. bis 1,00 Mark. Abends 8 Uhr Erstaufführung „Das Hollandweibchen“, Operette in drei Akten von E. Kalmann. — Montag, den 26. Dezember (2. Weihnachtstfesttag), vorm. 11,30 Uhr, Morgenfeier. Zum letzten Male „Das Christgeburtspiel“. Eintrittspreis 50 Pf. — Nachm. 3,30 Uhr, zum letzten Male „Familie Hemmema“, Schwank in drei Akten. Abends 8 Uhr „Drei arme kleine Mädchen“, Operette in drei Akten von W. Kolla.

8 Stoppmünde. Von Arbeitsmarkt. — In der verfloffenen Woche wurden 59 Arbeitslose mit 68 Zuschlagempfindern gezählt. Gegenüber der Vorwoche ist ein Zugang von 9 Erwerbslosen und 14 Familienangehörigen zu verzeichnen. Mitte Dezember 1926 wurden 49 Erwerbslose mit 64 Angehörigen unterzählt.

Pyritz. Von der Waggontür zerquetscht. — Auf dem Bahnhof ereignete sich Sonnabendvormittag ein entsetzlicher Unfall. Der 19-jährige Molkereiarbeiter Sperling von hier hatte den Gepäckwagen des Pionier Zuges bestiegen, um Milchfannen zu entladen. Er erwartete, aus der geöffneten Tür sehend, das Molkereiauto. Als dieses herankam, sah er die Waggontür, die zugebückt wurde und den Kopf des Sperling zerquetschte. Der Tod trat sofort ein.

Friedrichsthal, Kr. Pyritz. Motorunfall. — Auf der Chaussee nach Ratz verunglückte der Motorradfahrer Vahr aus Landsberg. Ein Stargarder Auto nahm den Verunglückten mit nach Soldin, von wo er nach Landsberg gebracht wurde. Hier ist er wenige Stunden später an den Folgen seiner Verletzungen gestorben.

Stargard. Ueberfall. — Auf dem Wege von Cunow a. b. Str. nach Stargard wurde eine Frau von einem hinter ihr fahrenden Mann vom Fahrrad gerissen. Der Täter entriß ihr die Handtasche und eine Aktentasche und entkam.

Stargard. Drei Jahre Gefängnis für „Gesundbeten“. — Vor dem Stargarder Schöffengericht hatte sich der frühere Kaufmann Goldschmidt zu verantworten. Der Angeklagte, ein Mann von 60 Jahren, der wegen Blutschande erheblich vorbeprakt ist, hatte, nachdem er stellunglos geworden war, durch Gesundbeten fränke Frauen in Klein-Bienichen und Deutsch-Fulda um 15 Mark geschöpft. Nach seiner Methode mußten

Die Kranken an zwei mit Zwirn umwickelten Holzspänen einen Bers hertragen, womit die Krankheit behoben sein sollte. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts, der auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis lautete, hinaus und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren.

Stettin. Schwerer Kobelunfall. — Beim Kobeln im Geberberger Wald sind zwei Damen verunglückt. Sie erlitten beide Unterschenkelbrüche, zum Teil komplizierter Art. Sie wurden mit Krankenwagen der Feuerwehr ins Karoluskrift überführt.

Greifswald. Späte Sühne für den Sahniger Mord. — Sieben Jahre sind über jenen Abend dahingegangen, an dem der damals 23-jährige Matrose Emil Jeggella von einem Unbekannten auf dem Hochufer bei Sahnitz erdolcht und die damalige Braut des Matrosen, ein Frä. Nord aus Sahnitz, mit schweren Steinschläge verletzt wurde. Alle Fahndungen der Polizei nach dem verschwundenen Täter blieben erfolglos. Am 3. April 1927 plötzlich meldete sich bei der Münchener Polizei ein junger Mensch, Jakob Dettelbacher, geboren am 24. März 1907 zu Neumarkt in der Oberpfalz, und beichtete sich selbst des schweren Verbrechens unter Schilderung aller Einzelheiten. Sohn eines Raminbauers, ist er seinen Eltern wiederholt unter Diebstahl von größeren Geldsummen durchgegangen. So gelangte er im Mai 1920 auch nach Straßburg, um als Schiffsjunge in die Welt zu gehen. Sahnitz war das nächste Ziel. — Am Abend des 18. Mai 1927 saßen auf einer Bank in der sogenannten „Bläse“ am Hochufer bei Sahnitz die 23-jährige Matrose Jeggella aus Wochum mit seiner Braut Erna Nord, einer gebürtigen Sahnitzerin. Kurz nach 9 Uhr näherte sich der Bank ein junger Mensch und hat den Matrosen um Feuer. Plötzlich erhielt der Matrose von dem Fremden einen Dolchstoß ins Herz und wurde dann die steile Böschung hinuntergeworfen. Das neben ihm sitzende Mädchen wurde mit einem Stein wiederholt auf den Kopf geschlagen und dann ebenfalls die Böschung hinabgeworfen. Das Mädchen, wieder zum Bewußtsein gekommen, begab sich nach Hause. Ihr Schwager ging dann auf die Suche und fand schließlich Jeggella mit dem Dolch im Herzen unten am Strande liegen. Während überall nach dem Täter gefahndet wurde, begab Dettelbacher sich wieder zu seinen Eltern und trat kurze Zeit darauf, nachdem er seine Eltern wiederum beschuldigt hatte, eine Aheureise an. In Mainz ließ er sich für die Fremdenlegation anwerben. Von Marokko aus schrieb er an seinen Vater, er solle, da er minderjährig sei, alles versuchen, ihn wieder frei zu bekommen, er wolle nun auch ein arbeitsamer, ordentlicher Mensch werden. Nach knapp einjährigem Aufenthalt in der Fremdenlegation kehrte Dettelbacher in die Heimat zurück. Bei seinem Vater erlernte er das Raminbauhandwerk. Angelehnt, ergab er sich dem Trunk. Am 3. April 1927 stellte er sich der Polizei in Nürnberg und beichtete sich selbst des Sahniger Mordes. Plötzlich am 20. Juni 1927 widerrief Dettelbacher das Geständnis. Er will sich jetzt nur beichtigen haben, um zu renommieren. In der Fremdenlegation sei er mit einem Deutschen zusammengekommen, dessen Namen er jedoch vergessen habe, und der inzwischen in den Kämpfen dort gefallen sei. Dieser habe ihm gelegentlich des Austausches von Erlebnissen, als er ihm sagte, er sei um den 15. Mai 1920 in Sahnitz gewesen, erklärt, daß er den Mord ausgeführt habe. Auch die Einzelheiten habe er ihm mitgeteilt. — Der Vertreter der Anklagebehörde bezeichnete den Angeklagten als denjenigen, der auf Grund der Verweigerung nur als Täter in Frage kommen könne. Er beantragte die höchstzulässige Strafe — der Angeklagte war bei Ausführung der Tat noch jugendlich — von 10 Jahren Gefängnis. Nach etwa einstündiger Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten zur höchstzulässigen Gefängnisstrafe von 10 Jahren. Der Angeklagte nahm das Urteil nicht an.

Wie wird das Wetter?

Der östliche Kern des großen polaren Hochdrucksystems, dessen Mittelpunkt einen Barometerstand von 785 Millimeter aufweist, hat sich über Mittelschweden festgesetzt. Seine Ausläufer bedecken noch immer die Nordsee, England, Frankreich, West- und Süddeutschland, und die allgemeinen Luftdruckbewegungen über England lassen noch eine Verstärkung dieser Hochdruckgebilde erwarten. Demgegenüber haben die westlichen und südlichen Depressionen keine Möglichkeit, die Witterungs-gestaltung unseres Gebietes nennenswert zu beeinflussen, so daß wir mit einem weiteren Anhalten des gegenwärtig bestehenden Witterungscharakters zu rechnen haben.

Wetter-Vorhersage: Aufstrichende nordöstliche Winde, teils heiter, teils wolke, Schneefälle, streichweise Nebel, starker Frost.

Stadttheater

König Drosselbart.

Nach einem Grimmschen Märchen von Hanns Türle. Ein freudig gestimmtes Haus, das in der Hauptsache aus beifallsfrohen kleinen und kleinsten Besuchern bestand, die die Handlung mit dem allerlebhaftesten Interesse verfolgten, begrüßte gestern die Aufführung des Weihnachtsmärchens. Es handelt sich in der Hauptsache um das Grimmsche Märchen „König Drosselbart“, doch treten dazu noch eine Reihe lustiger Gestalten, zur hellen Freude aller großen und kleinen Kinder. Da das Märchen sehr flott gespielt und die Ausstattung eine farbenprächtige war, herrschte bald heller Jubel im Hause, und stürmischer Beifall dankte den Darstellern und dem Verfasser für das Gebotene. Sie hatten den Beifall redlich verdient.

Letzte Meldungen.

Eine neue Reparationskonferenz.

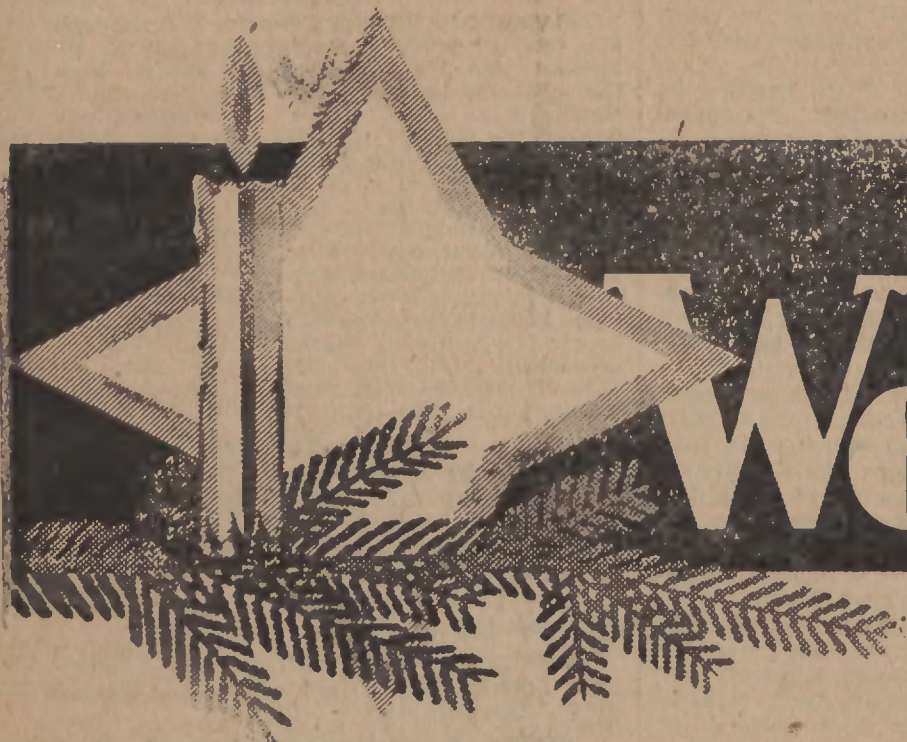
London, 19. Dezember. Einer Berliner Meldung des „Evening Standard“ zufolge glaubt man in Kreisen, die in Verbindung mit dem Generalagenten für Reparationen, Porter Gilbert, stehen, daß die in seinem Jahresbericht enthaltenen Empfehlungen das Vorbild zu einer großen internationalen Finanzkonferenz bilden werden, die im nächsten Jahre eine Revision des Dawes-Plans vornehmen und dabei die Gesamtrepations-schuld Deutschlands endgültig festsetzen soll. Die Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

Bochum, 19. Dezember. Ebenso wie die Hammer Metallarbeiter-schicht von Hamm, hat auch die Funktionärerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bochum den in der Grobblechindustrie gefällten Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Der Widerstand der Arbeiter-schicht richtet sich insbesondere gegen die im Schiedsspruch vorgesehene Lohnregelung. Schiedsspruch für das Niederschlesische Kohlenrevier.

Waldburg, 19. Dezember. Nach dem soeben gefällten Schiedsspruch tritt am 1. Januar im Waldburger und am 1. April im Neurober-Kohlenrevier eine Lohnerrhöhung in Kraft. Beispielsweise werden die Handwerker-schichtlöhne um etwa 10 Prozent und ab 1. April um weitere 4 Proz. erhöht.

künstliche Augen
nach der Natur f. Patienten herzustellen u. einzusetzen
Ludwig Müller-Uri
gegr. 1835, älteste Anstalt dieser Art in Deutschland
Leipzig, Universitätsstrasse 18, Berlin, Karlstrasse 15

UHREN und SCHMUCK
sind schöne
Weihnachts-Geschenke
für Damen und Herren
Kolossale Auswahl: Billige Preise finden Sie bei
Walter Kunst, Holstenstr. 5



Für Weihnachten

biete ich mit diesem ungewöhnlich billigen Angebot in Mänteln, Kleidern, Blusen und Strickwaren — teils in hübschen Geschenkpackungen — eine besonders günstige Gelegenheit für Ihre Weihnachtseinkäufe.

Für die Hausfrau:

Damenmantel aus bestem reinwollenem Velour de laine mit aparter Biesenstepperei	28⁰⁰
Damenmantel aus reinwoll. Ottomane halb auf Futter, mit eleganter Garnitur	48⁰⁰
Damenkleid aus reinwoll. Popeline	12⁷⁵
Damenkleid aus reiner Wolle, in viel, hübsch. Farben u. Formen	22⁰⁰
Damenbluse aus reiner Wolle, in hübschen hellen Streifenmustern	12⁰⁰
Damen-Pullover Wolle mit Seide, in aparten Ausmusterungen	13⁵⁰

Für die Tochter:

Backfischmantel aus guten Ulsterstoffen	12⁰⁰
Backfischmantel aus gutem Ottomane mit Plüschbesatz in marine und schwarz	19⁰⁰
Tanzkleid aus prima kunstseid. Taffet mit Büschengarnitur	12⁰⁰
Stilkleid aus kunstseid. Taffet mit farbiger Blendengarnitur	18⁰⁰
Bulgarenbluse mit geschmackvoller Stickerei	12⁵⁰
Strickkleid aus Wolle, mit Seide, in netten Farbstellungen	16⁰⁰

Für das Kind:

Kindermantel aus guten Ulsterstoffen	8⁰⁰
Kindermantel aus reinwoll. Flauchstoffen	10⁰⁰
Kinderkleid aus Waschbaumt, in vielen hellen Farben	4⁵⁰
Kinderkleid aus gut reinwoll. Rips-Popeline in hübsch. Machart.	6⁵⁰
Häkelkleidchen in aparten Farbstellungen	4⁷⁵
Strickkleidchen in Jumperform	16⁵⁰

Seal-Plüschmantel ganz auf seidnem Steppfutter	75.—	95.—	110.—
--	------	------	-------

Damen-Röcke aus guten gemusterten Stoffen	3.75	6.75	12.50
---	------	------	-------

Servierkleider aus einfarb. oder gestreiftem Zephir	2.75	3.90	4.50
---	------	------	------

GUSTAV ZEECK STOLP

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Schriftliche und telephonische Bestellungen erledigt meine Versandabteilung sorgfältigst u. portofrei

TEL. 124, 125, 126
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Außerordentliche Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung am Donnerstag, den 22. Dezember 1927 nachm. 4 1/2 Uhr.
Tagesordnung:
Öffentliche Sitzung.
1. Notstandsmaßnahmen.
Stolp, den 19. Dezember 1927.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
gez. Dr. Schmidt.

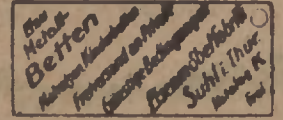
Frisch eingetroffen:

Ananas, allerf. Früchte Pfd.	1.80	M.
Weintrauben	1.00	"
Bananen	0.80	"
Tomaten	0.90	"
Blumentohl Pfd.	0.50	u. 0.60
Teltower Rübchen	0.30	"
Rosentohl	0.50	"

Rotkohl, Weißkohl | frostfrei
Wursten, Zwiebeln | in nur erstklassiger Qualität, empfiehlt

Paul Jaffke

Fernruf 961. Söhlenstraße.



Praktische Geschenke für den Weihnachtstisch der Dame

Morgenrock	3 ⁹⁵	Schlüpfer Wolle geraucht	2 ⁶⁰	S'Trikot-Unterleid in vielen Farben	2 ⁹⁵
Herrn-Schal Trikot von	1 ⁷⁵	Handschuhe Trikot P.	1 ⁷⁵	S'Trikot-Schlüpfer prima Qualität	3 ⁵⁰
K'Seiden-Strumpf tragbare Qualität	1 ⁹⁰	Seiden-Strumpf Bemberg-Seide	3 ⁹⁰	Damen-Strumpf Wolle mit Seide	5 ⁵⁰
Schal für Damen K'Seide	1 ⁷⁵	Seiden-Schal Crêpe de chine	3 ⁵⁰	Damen-Strumpf reine Wolle	2 ⁶⁰
Pelzkragen in Zobel u. Skunksziege	18 ⁰⁰	Pelzhut für Damen in Seal-Kanin	13 ⁵⁰	Unterrock, H'Wolle versch. Farben	2 ⁵⁰

1 Posten Kleiderstoffe ganz bedeutend unter Preis auf Extratischen ausgelegt.

Ferdinand Görs, Stolp

Neutorstrasse 20 Fernruf 935

Para-Wal-Hasel-Erd-Rosol-Feigen Datteln Traubenrosinen Randierte Walnüsse Walnuß-Haselnuß-Mandel. Kerne
empfeilt in allerbesten Qualitäten preiswert
Paul Jaffke, Fernruf 961 Söhlenstraße.

ff. Biere
Schultheiß-Baehner Berlin.
Bismarckbräu N. G. München.
Nürnberger Siechen in Siphons, Flaschen, Gebinden
Ad. Krüger Mittelstraße 10 Telephon 848.

Praktische Weihnachts- Geschenke

Tischdecken

gewebt u. Gobelin	von 3.95 bis 22.50
Plüsch	18.00 „ 49.50
K'Seide	13.25 „ 48.00
runde Plüschdecken	13.00 „ 45.00
runde Gobelindecken	13.50 „ 38.00

Diwandecken

gewebt u. Gobelin	7.90 „ 42.00
Plüsch, einfarbig gewirbelt u. geligert	35.50 „ 68.00
Plüsch, schwere Moquettequalität	36.00 „ 76.00

Reise-, Auto- und Schlittendecken

	15.50 „ 69.00
--	---------------

Schlafdecken

140/190 versch. Ausf.	7.75 „ 29.50
-----------------------	--------------

Kameelhaardecken

	22.50 „ 48.00
--	---------------

Steppdecken

II seit. Satin, 168/210	16.75 „ 42.00
-------------------------	---------------

Daunendecken

m. bester Gänsedaune	55.00 „ 100.00
----------------------	----------------

Tüllbettdecken

über 1 Bett	3.95 „ 15.50
über 2 Betten	7.50 „ 32.00

Waffelbettdecken

	2.95 „ 15.00
--	--------------

Wachstuchdecken

abgepaßt	85 „ 5.25
----------	-----------

Wachstuch

vom Stück	
85 cm breit	1.40 „ 2.50
100 cm breit	1.50 „ 3.20
115 cm breit	2.40 „ 3.40
130 cm breit	3.40 „ 3.90
140 cm breit	4.00 „ 4.80

Wandbehänge

Kordellein. u. Gobelin	3.50 „ 15.50
in Plüsch	Stück 23.25

Sofakissen, weiche Füllung

Stück	1.50
-------	------

Korbessel-Kissengarnituren

(Sitz- und Lehnkissen)	3.25
------------------------	------

Kissenplatten

K'Seide, mod. Muster	Stück von 2.35
----------------------	----------------

Messing-Gardinenstangen

3 mm-Rohr	
rein Messing, kompl. m. Klamm. Garn.	2.40
vermessingt, „ „ „	1.45

August Büttner

Das größte Spezialgeschäft Ostpreussens

Höhlenstraße 21/22 Paradiesstraße 8

Aus eingetroffenen Waggonladungen empfehle zu konkurrenzlos billigsten Preisen

Apfelsinen } süß und saftig
Mandarinen }
Zitronen (günstiger Einkauf für Wiederverkäufer)

Paul Jaffke

Fernruf 961. Höhlenstraße.

Von der Reise zurück.

Beginn der Sprechstunden Montag, den 19. Dezember 1927.

Dr. Witt, Stolp,

Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk

Operngläser

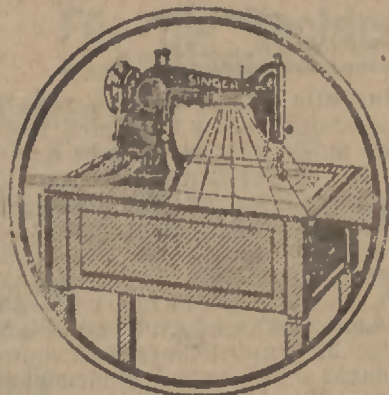
in größter Auswahl

Optiker Hörske

Neutorstr. 14

Ruf 982.

Die Singer mit Motor und Nählicht das nützlichste Weihnachtsgeschenk!



Bevorzugte Zahlungsverleichterungen
Mäßige Monatsraten

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Stolp i. P. Mittelstr. 5



Trauringe

reiches Lager 333, 585, 900 gestempelt

Hermann Peine

24 Holtenauerstraße 24.

Witnenkarten

fertigt schnellstens an

F. W. Feiges
Buchdruckerei

Stadtheater

Ruf 419.

Montag, den 19. Dez.
8 Uhr

Familie Hannemann

Dienstag, den 20. Dez.
8 Uhr

Zum letzten Male!

„Hosemanns Töchter“

Preise von 2 Bfg. bis 1,00 Mk.

Zwangs- Versteigerung.

Am Mittwoch, den 21. Dezember d. Js. vorm. 9 1/2 Uhr, werde ich Schloßwerstraße:

1 Drehbank, 1 Frucht-
presse.
Ferner um 10 Uhr Sand-
berg 1:

Eine Partie Möbel
aller Art, Weinbrand,
Korn, Käse, Schokolade,
Korn, Vitore, 5 Bade-
öfen, 1 Badewanne, 1
Schreibmaschine u. a. m.
öffentlich meistbietend gegen
sofortige Barzahlung ver-
steigern.

Stolp, den 19. Dez. 1927.

Saseneß

Ob.-Gerichtsvollzieher.
Küsterstraße 37 L.

la. Bohnermasse
u. Fußbodenbeize
in bekannter Güte empfiehlt
J. de Veer, Langest. 13.

Weihnachtsliederabend

des Altstädtischen Kirchlichen
Gesangvereins in St. Petri

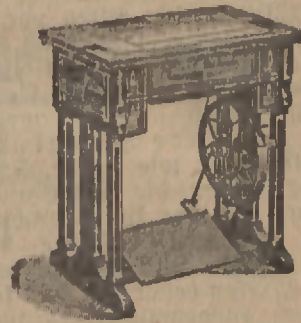
am Mittwoch, den 21. Dezember,
abends 8 Uhr.

Mitwirkende
Herr Organist Kuntzki (Orgel)
Kinderchor
Altstädt. Kirchl. Gesangverein.

Vortragsfolge mit Text am Eingang der
Kirche - das Stück 10 Pfg.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Das schönste Weihnachtsgeschenk



ist eine
Singer
oder
Naumann
Nähmaschine

Erstklassige deutsche Fabrikate

Abzahlung in monatlichen Raten von 10 Mark

Paul Lange, Mittelstr. 46.

Herzliche Weihnachtsbitte!

Wie alle Jahre, so bitten wir auch jetzt wieder, für unsere Armen und armen Kranken, denen wir gerne zu Weihnachten eine kleine Freude bereiten und damit ein wenig Not lindern möchten, um Geld, brauchbare Kleidungsstücke, altes Leinen, Spielsachen, Bücher u. a. m.

Die Schwestern der Diakonissenstation
Wallstraße 7.



Kleingebäck u. Spekulatius
backen Sie bestens mit

Wienholz
BLAUBAND-MARGARIN

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amliches
Anzeigen-Blatt

Die „Stolper Post“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt für den Monat 75 Pfennig; durch die Post bezogen 80 Pfennig ausschließlich Bestellgeb. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 7-gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Pfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 25% Nachlag; die 3-gespaltene Kellamezeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr des Erscheinungstages.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nummer 297

Stolp, Dienstag, den 20. Dezember 1927

51. Jahrgang

Das Wahlrecht der Splitterparteien.

Eine grundsätzliche Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

In verschiedenen deutschen Ländern, wie z. B. in Mecklenburg-Strelitz, Hessen und Hamburg, waren vor den letzten Landtagswahlen die Landtagswahlgesetze auf dem Verordnungswege dahin abgeändert worden, daß neue Parteien, die namentlich in Landtag noch nicht vertreten waren, eine gewisse Sicherheit zu stellen und eine bestimmte größere Zahl von Unterschriften vorzulegen hätten, um überhaupt einen Wahlvorschlag einreichen zu dürfen. Durch diese Bestimmung fühlten sich die sogenannten Splitterparteien in ihrem durch die Reichsverfassung gewährleisteten Wahlrecht beeinträchtigt. Die Volkspartei, Landesverband Hamburg, die Aufwertungs- und Volkswirtschaftspartei, Landesverband Mecklenburg-Strelitz und die Reichspartei des deutschen Mittelstandes, Landesverband Hessen, verlangen des Bundesratsgerichtshof die Feststellung, daß die in den betreffenden Ländern beschlossenen Änderungen der Wahlgesetze ungültig sind. Das Reichsgericht hat nunmehr entschieden, die Verordnungen für ungültig zu erklären, da sie gegen die Reichsverfassung verstoßen.

Der Staatsgerichtshof ist der Ansicht, daß eine Beschränkung von Wahlvorschlägen durch Abhängigmachen von der Erlegung einer bestimmten Geldsumme ausgeschlossen und unzulässig ist. Ebenso ist es unzulässig, in der Zahl der erforderlichen Unterschriften weiterzugehen, als notwendig ist, um die Ernstlichkeit der Wahlvorschläge sicherzustellen. Dabei kann keinesfalls etwa höher gegangen werden, als es für die Reichstagswahlen vorgeschrieben ist.

Die notwendige Folge dieser Entscheidung wird die Auflösung der betreffenden Parlamente und die Anberaumung von Neuwahlen sein müssen. Die Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft soll bereits in sechs Wochen erfolgen.

Neuwahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 19. Dezember. Das Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium gibt bekannt, daß auf Grund der am letzten Sonnabend vom Staatsgerichtshof in Leipzig gefällten Entscheidung die Landtagswahl vom 3. Juli 1927 ungültig sei und daß daher Neuwahlen stattfinden müßten. Die Regierung ernennt die Neuwahlen auf Sonntag, den 29. Januar 1928 an. In ihrer Bekanntmachung überträgt die Regierung die Befugnisse des Landtages auf Grund des Paragraphen 20 des Landesgrundgesetzes dem Landesauschuss, der von dem auf Grund der Wahlen vom 8. Juli 1923 gewählten Landtag bestellt war.

Ungültigkeit auch der sächsischen Wahlen?

Dresden, 19. Dezember. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in der Frage der Wahlbeschränkungen in Mecklenburg-Strelitz, Hamburg und Hessen berührt auch Sachsen. Der letzte sächsische Landtag hatte eine dahingehende Änderung des Wahlgesetzes beschlossen, da bisher im Landtag nicht vertreten gewesene Parteien für ihre Kandidatenlisten 500 Unterschriften aufzubringen und 3000 Mark als vorschubweise Kostenbeitrag zu zahlen hätten, der der Staatskasse verfallen sollte, wenn auf die Liste dieser Parteien kein Abgeordneter gewählt wurde. Von den Blättern aller Parteienrichtungen wird in Zweifel gezogen, ob nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes das sächsische Landtagswahlgesetz einer Nachprüfung vor dem Staatsgerichtshof standhalten würde. Dagegen dürften Neuwahlen, wie sie möglicherweise in den drei genannten Ländern vorgenommen werden müssen, für Sachsen nicht in Frage kommen, da die Wahl von den benachteiligten Parteien nicht angefochten worden sei. Die linksradikale Presse nimmt die Entscheidung des Staatsgerichtshofes mit besonderer Freude auf; sie glaubt jetzt eine Handhabe gefunden zu haben, um Neuwahlen herbeiführen zu können.

Die Spannung zwischen Reich und Preußen.

Die Haltung des Zentrums.

Berlin, 19. Februar. Wie berichtet wird, hat am Sonnabend eine unter Führung Preußens stehende Reichsratsmehrheit sozialistisch regierter Kleinstaaten die Mittel für den Bau des neuen Panzerschiffes abgelehnt und außerdem noch am 2. Februaretät Abstriche in Höhe von über 6 Millionen Mark gemacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dadurch die bestehende Spannung zwischen Reich und Preußen eine weitere Verschärfung erfahren hat, denn daß für das preussische Vorgehen auch hier wiederum kein sachlicher Beweggrund, sondern lediglich die Absicht, der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten, maßgebend war, wird selbst von der Linkspresse nicht mehr geleugnet. Da die Reichsregierung selbstverständlich nicht daran denkt, vor Herrn Trautmanitz zu kapitulieren — was ja auch schon aus der Ankündigung einer Doppelvorlage an den Reichstag hervorgeht —, so ist zu den zahlreichen bereits bestehenden Differenzen zwischen der Reichsregierung und der Regierung des größten Landes ein neuer Streitfall hinzugekommen, der nach der Ansicht maßgebender politischer Kreise zwar nicht im Augenblick, jedoch wohl in Monaten zu ernstlichen Verwicklungen

führen kann. Im Augenblick ist der Panzerkreuzerkonflikt nicht sehr akut. Der Haushaltsausschuss des Reichstages nimmt zwar am 11. Januar die Etatsberatungen auf, er dürfte jedoch kaum vor Mitte Februar zum Vortritt kommen, während das Plenum sich nicht vor Anfang März mit ihm beschäftigen dürfte. Die bis dahin zur Verfügung stehende Zeit wird die Reichsregierung dazu benutzen müssen, um innerhalb der Regierungskoalition eine geschlossene Abwehrfront gegen den neuen Anschlag der Linken auf unsere ohnehin so schwache Wehrmacht herzustellen. Im Augenblick nimmt das Zentrum in dem Panzerkreuzerkonflikt noch eine sehr unsichere Haltung ein. Daß die preussischen Zentrumsmänner die Anträge der Vertreter Preußens im Reichsrat gebilligt haben, wäre nach den bisherigen Erfahrungen noch kein Grund zu Bejournissen. Bedenklich stimmt jedoch der Umstand, daß am Sonnabend auch die dem Zentrum angehörenden Vertreter der preussischen Provinzen mit dem preussischen Staatsministerium in einer Front standen. Zudem nimmt das parteiunabhängige Zentrumorgan, die „Germania“ heute zum Panzerkreuzer-Streit eine Haltung ein, die man wohl eher als ein Sympathisieren mit den preussischen Wehrmachtfeinden bezeichnen muß. Das Blatt behauptet zwar, daß es weder gegen die Reichswehr noch gegen die Reichsmarine irgendeine Abneigung habe, erklärt es dann aber angesichts der sozialen Notstände in Deutschland „für besser“, diesen für militärische Zwecke ausgeworfenen Mitteln eine „andere Zweckbestimmung“ zu geben. Zum Schluß gibt das Blatt seiner „Ueberzeugung Ausdruck“, daß die preussischen Anträge ihre inneren Gründe haben, und daß auch die Parteien im Reichstag an dieser inneren Begründung nicht vorübergehen werden.

Man scheint jedoch in der „Germania“ den Bericht über die letzte Reichsratsitzung nur sehr oberflächlich gelesen zu haben, sonst müßte man dort wissen, daß der Reichswehrminister am Sonnabend sehr eindringlich darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Stilllegung unserer Marineversterken unabwendlich wird, wenn ihnen der Auftrag des neuen Panzerschiffes genommen wird. Tausende von Arbeitern und Angestellten, und noch dazu hochqualifizierte Kräfte, würden dadurch auf die Straße geworfen werden. Ganz abgesehen davon, daß damit die soziale Last gesteigert und ein guter Teil der von Preußen als unerlässlich bezeichneten „Ersparnisse“ wieder aufgezehrt würde, muß man auch an die geradezu ungeheuerliche Verwüstung von wirtschaftlichen Werten denken, die eine Stilllegung der Marineversterken mit ihrer Rückwirkung auf zahllose Industrien, die bei dem Schiffbauauftrage beteiligt sind, zur Folge haben müßte.

Zum Konflikt in der Eisenindustrie.

Essen, 19. Dezember. Zu den beiden Schiedssprüchen für die Schwerindustrie nahm Sonntag der Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) in einer Konferenz der Vorstände und Vertrauensmänner Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, beide Schiedssprüche abzulehnen.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beurteilt man die Situation im Konflikt der Eisenindustrie dahin, daß sie mit der Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Gewerkschaften durchaus die Entwicklung genommen hat, die man erwartet hatte. Eine Verschärfung ist dadurch nicht eingetreten, ebenso wenig wie durch die Ablehnung der Arbeitgeber.

Mit Befriedigung wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber am 15. d. M. die in Aussicht gestellten Räumigungen nicht vorgenommen haben. In den für Dienstag angeetzten Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wird erneut der Versuch gemacht werden, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Gelingt das nicht, so werden sie noch einmal angehört werden und der Reichsarbeitsminister trifft dann von sich aus die Entscheidung. Nach der früheren Übung wäre ein neues Schlichtungsverfahren ungewöhnlich. Die Verbindlichkeitsklärung könnte sich nach den Bestimmungen nur auf den Schiedsspruch als Ganzes erstrecken; allerdings bleibt immer die Möglichkeit offen, daß noch kleine Änderungen getroffen werden, wenn beide Parteien sie als wünschenswert bezeichnen. Es wird damit gerechnet, daß die Nachverhandlungen nur den Dienstag in Anspruch nehmen und die Entscheidung des Reichsarbeitsministers, wenn sie notwendig wird, sehr schnell erfolgen würde, um so bald wie möglich zu einer Beruhigung in diesem wichtigen Wirtschaftszweig zu gelangen.

Forderungen der Wirtschaft.

Berlin, 19. Dezember. Der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelsstag, der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels sowie vier weitere Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben im Interesse der sofortigen

Durchführung eines Notprogramms zur Verbesserung der finanzpolitischen Lage eine Kundgebung veröffentlicht, die eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Erzielung einer größeren Sparsamkeit enthält.

Es wird darauf hingewiesen, daß wir zur Hebung der Lebensweise der Bevölkerung eine stetige Entwicklung von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft brauchen. Deshalb müsse alles vermieden werden, was die Kosten der Warenerzeugung erhöhe und die Bildung neuen Kapitals behindere. Eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sei notwendig, um in allen Teilen des Reiches zu einem gesunden und nach den Grundsätzen sparsamer Wirtschaftsführung geleiteten öffentlichen Finanzwesen zu kommen. Aber eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik erfordere eine Stärkung der Befugnisse der Reichsregierung. Die finanzpolitische Lage des Reiches verlange die sofortige Durchführung eines Notprogramms, für das folgende Vorschläge zu machen seien:

1. das wichtigste Ziel aller finanziellen Maßnahmen müsse darin bestehen, die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden erheblich zu kürzen;
2. dem Reichsfinanzminister müsse gegenüber dem Reichstag das Recht des Einspruchs gegen Erhöhung der Ansätze des von der Regierung vorgelegten Etats-Voranschlags sowie gegen Beschlüsse mit nachträglichen Mehrausgaben eingeräumt werden;
3. die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände müßten mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzminister auf Anforderung jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage zu geben;
4. Dem Reichsfinanzminister müsse unter der Voraussetzung, daß der Haushaltsplan eines Landes, die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches fördert, das Recht gewährt werden, gegen die Vorlegung des Haushaltsplanes an den Landtag und den Vollzug eines gegenüber dem Voranschlag erhöhten Haushaltsplanes Einspruch zu erheben;
5. die seit langem von der Wirtschaft geforderte Verwaltungsreform müsse mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden. Neben der Durchführung der im Reichstag angenommenen Entschliessung, jede dritte frei werdende Stelle nicht zu besetzen, sei eine Anordnung erforderlich, nach der zur Erledigung der Verwaltungsreform die Anstellung neuer Amtswörter gehemmt wird. Im letzten Punkt wird die Erweiterung der Befugnisse des Reichsarbeitskommissars verlangt.

Wir sind uns darüber klar, so schlecht die Kundgebung, daß mit unseren Vorschlägen einschneidende Maßnahmen verbunden sind. Es kann nicht verantwortet werden, daß ein Mangel an finanzieller Mäßigkeit seitens der öffentlichen Gewalten die Durchführung richtiger Grundsätze unmöglich macht. Die Reichsregierung soll und muß die Verantwortung für die finanzpolitische Führung tragen.

Zur Lage der Landwirtschaft.

Wiesbaden, 19. Dezember. Auf einer gestern stattgefundenen Tagung der Kreisbauernschaft Wiesbaden-Land in Erlenheim sprach u. a. Reichslandbundsleiter Hepp (M. d. R.) über die Lage der Landwirtschaft. Der Redner betonte, daß die deutsche Landwirtschaft auf ausländische Kredite nicht verzichten könne, doch müßten diese unter erträglichen Bedingungen gegeben werden. Solange Dr. Schacht an der Spitze der Reichsbank stehe, sei die deutsche Währung nicht in Gefahr. Die Landwirtschaft befinde sich in einer ernsthaften Krise. Der Zolltarif entspreche nicht reiflos den Forderungen der Landwirtschaft. Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen müsse das Reich die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigen. Die steuerliche Belastung, insbesondere die Steuerpolitik der Länder ruiniere die Landwirtschaft. Es müsse unbedingt ein Finanzdiktator ernannt werden.

Strefemann in Königsberg.

Königsberg, 17. Dezember. Reichsaußenminister Dr. Strefemann wies in einer Rede in der Stadthalle darauf hin, daß sein Besuch die erfreuliche Gelegenheit biete, sich ein Bild zu machen von den Wünschen und Sorgen, die die Provinz Ostpreußen und die Stadt Königsberg bewegen. Es liege ihm besonders daran, falsche Auffassungen, die sich an die Rückwirkungen eines deutsch-polnischen Handelsvertrages knüpfen müßten, zu zerstreuen. Ostpreußen dürfe überzeugt sein, daß man bei diesen Verhandlungen seiner besonderen Lage Rechnung tragen werde. Der Gang der bisherigen Verhandlungen lasse eine Einigung über einen kurzfristigen Handelsvertrag erhoffen. Als Uebergang für den endgültigen Vertrag über das Niederlassungsrecht Deutscher in Polen seien Vorverhandlungen vorangegangen, die die Grundlage für eine Verständigung auch in dieser Frage abgeben könnten.

Zu den Fragen der besonderen Lage Ostpreußens zurückkehrend, wies Strefemann darauf hin, daß an einem der nächsten Tage eine gemeinsame Sitzung der Kabinette des Reiches und Preußens unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg stattfinden werde, in der beraten werden solle, mit welchen Maßnahmen der Notlage Ostpreußens abgeholfen werden könne.

Den Schluß der Rede des Reichsministers Dr. Strefemann bildete eine Mahnung, sich nicht unbegründetem Pessimismus